

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 20.04.2023

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Herr John Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Berenbrinker stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Graeser Fraktionsvorsitzender
Frau Meier
Herr Paus
Frau Kleinesdar

SPD

Herr Gieselmann Fraktionsvorsitzender
Frau Welscher
Frau Zier

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch
Frau Stelbrink

FDP

Herr Kleinholz

Die Linke

Herr Vollmer

Verwaltung

Frau Dr. Gille-Linne Leitung Volkshochschule (VHS)
Frau Daniel Volkshochschule (VHS)

Schriftführung

Herr Kokemor Büro des Oberbürgermeisters und des Rates

Nicht anwesend:

Frau Adamek-Kammerer (Bündnis 90/ Die Grünen)
Herr Steinkühler (Bündnis 90/ Die Grünen)

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Bezirksbürgermeister John begrüßt die anwesenden Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg**

Es wird keine Frage gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 1.1 **Einwohnerfrage zur Geschwindigkeit im Bereich Dornberger Straße**

Text der Einwohnerfrage:

„Sachverhalt:

Zwischen der Mönkebergstraße und der Bergstraße ist auf der Dornberger Str. die Geschwindigkeit seit Jahren auf 40km/h begrenzt; der damalige Grund war das Aufbringen von Rollsplitt und wohl auch weil es Schadensersatzansprüchen von Pkw-Fahrern gegeben hat. Zwischenzeitlich gibt es keinerlei Rollsplitt mehr auf der Straße, somit ist der Grund für die Beschränkung weggefallen. Andere Gründe für die Geschwindigkeitsbeschränkung sind auf diesem Straßenstück nicht erkennbar. Fußgänger und Radfahrer haben einen deutlich abgegrenzten eigenen Weg und auch eine direkte Wohnbebauung gibt es nicht. Für Autofahrer sollte grundsätzlich der Sinn von Beschränkungen erkennbar sein, hier ist kein Sinn erkennbar, das zeigt auch die Beobachtung, dass nahezu niemand sich an die Geschwindigkeit von 40 km/h hält. Ab der Bergstraße darf dann im Bereich der Grundschule wieder mehr „Gas gegeben“ werden, denn im Bereich dieser Schule darf schneller gefahren werden, nämlich 50 km/h; das ist völlig absurd.

Mein Bürgerantrag: Ich beantrage die Geschwindigkeit auf dem o. g. Teilstück der Dornberger Straße auf mindestens 60 km/h anzuheben; gleichzeitig beantrage ich die Geschwindigkeit vor der Hoberger Schule auf 30 km/h zu beschränken.

Frage:

Wird sich die Bezirksvertretung mit dem geschilderten Sachverhalt befassen und dann zu einem meinem Antrag ähnlichen Ergebnis kommen.? Ich bitte mir das Ergebnis mitzuteilen.

Hinweis:

Dieses Schreiben geht auch an die hiesige Presse, damit die unsinnige Geschwindigkeitsbeschränkung von 40 km/h öffentlich wird und damit auch die notwendige 30 km/h Beschränkung vor der Hoberger Grundschule endlich eingeführt wird.“

Herr Kokemor teilt mit, dass ihm die Verwaltung noch keine abschließende Antwort übersendet habe, da noch eine Frist zur Stellungnahme für die Polizei laufe.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.03.2023**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 09.03.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Herr John teilt mit, dass er gemeinsam mit Herrn Berenbrinker an einem Termin im Rathaus zu zukunftsfähigen Zentren in den Stadtteilen teilgenommen habe. Für den Stadtbezirk Dornberg habe es keine nennenswerten Ergebnisse gegeben, da stadtweit nur drei Zentren ertüchtigt werden sollen.

Die Unterlagen würden den Mitgliedern der Bezirksvertretung in den nächsten Tagen zur Verfügung gestellt werden.

-.-.-

Zu Punkt 3.1 **Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Weizenkamp**

Herr John verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Text der Mitteilung:

„In der Straße Weizenkamp zwischen der Schloßstraße und der Straße Am Schwarzbach, inklusive der Seitenstraßen sind die vorhandenen Beleuchtungsmasten nicht mehr standsicher.

Daher sollen die Masten ersetzt und durch weitere 5 Meter hohe Masten mit LED-Leuchten ergänzt werden.

Die Kosten für die Baumaßnahme betragen ca. 57.500 € brutto.

Für diese Maßnahme werden die Straßenausbaubeiträge für die Anlieger vom Land NRW übernommen.“

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Fehlende Plätze in Dornberger Kindertageseinrichtungen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.03.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5859/2020-2025

Text der Anfrage:

„Wie viele Plätze fehlen in den Dornberger Kindertageseinrichtungen unter der Voraussetzung, dass die geplanten Kitas Grünwaldstraße und am Hasbachtal sowie die Erweiterung der Kita am Dornberger Freibad in 2023/24 nicht umgesetzt werden?“

1. Zusatzfrage:

Wenn Kitaplätze in Dornberg fehlen sollten, wie gedenkt die Verwaltung, diese Angebotslücke kurzfristig zu schließen?

2. Zusatzfrage:

Wenn es von der Verwaltung Pläne gibt, die vorhandenen Kitaplätze in dem Schulgebäude Schröttinghausen wieder ausschließlich für schulische Zwecke (OGS) zu nutzen, welche Überlegungen gibt es, die Kita an anderer Stelle zu realisieren?“

Text der Antwort:

„Zu den drei nachgefragten Kita-Standorten:

Wie schon in der Kita-Planungsvorlage dargestellt, ist die schon seit längerem in der Planung befindliche neue Kita im Bereich Hollensiek/Hasbachtal noch nicht in die Kita-Planungsvorlage aufgenommen worden. Nach aktuellem Stand kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Kita bis zum Ende des Kindergartenjahres am 31.07.2024 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Bei der Kita Grünwaldstraße ist die Verwaltung zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage davon ausgegangen, dass der Baubeginn zeitnah bevorsteht. Daher hat diese Kita Berücksichtigung bei der Erstellung der Planungsvorlage gefunden. Aufgrund unterschiedlicher grundrechtlicher Probleme ist es zu einer Verzögerung bei der Erteilung der Baugenehmigung gekommen. Aktuell ist zu erwarten, dass der Baubeginn im Sommer 2023 erfolgen kann.

Die Verwaltung hat auch die Erweiterung der „Kita am Freibad“ um eine kleine altersgemischte Gruppe mit 15 Kindern in der Kita-Planungsvorlage berücksichtigt, da sie davon ausgeht, dass diese Erweiterung im Kita-Jahr 2023/2024 umgesetzt wird.

Auf Basis der Versorgungsquoten in der Vorlage zur Kindergartenbedarfsplanung 2023/2024 fehlen im Stadtbezirk Dornberg 64 Plätze für die über Dreijährigen; bei den unter Dreijährigen besteht ein Überhang von 19 Plätzen in den Kitas. Zu der guten Versorgungsquote im Bereich der unter Dreijährigen tragen ebenfalls die Plätze in der Kindertagespflege bei. Abzüglich der Plätze in der Kita Grünwaldstraße und der Erweiterung der „Kita am Freibad“ würden rechnerisch 108 Kita-Plätze bei den über Dreijährigen fehlen; bei den unter Dreijährigen wären es nur vier Plätze, die allerdings aufgrund der zusätzlichen Versorgung durch die Kindertagespflege nicht zwingend zu einer Unterversorgung führen müssen.

Antwort auf Zusatzfrage 1:

Durch die angespannte Lage im Baugewerbe kommt es bedauerlicherweise auch bei den Kita-Neubauten zu Verzögerungen. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass die für Dornberg geplante Kita Grünwaldstraße sowie die Erweiterung der „Kita am Freibad“ kurz- bis mittelfristig in Betrieb genommen werden können.

Bis zu einer Inbetriebnahme dieser Plätze und bis zur Inbetriebnahme der Kita Hollensiek/Hasbachtal muss die Angebotslücke nicht im Stadtbezirk Dornberg, sondern nur in benachbarten Stadtbezirken gedeckt werden.

Antwort auf Zusatzfrage 2:

Es ist nicht geplant und auch nicht möglich, die Kita aus dem Schulgebäude wieder auszulagern und die bisher zu Kita-Zwecken genutzten Flächen wieder für schulische Zwecke freizugeben.

Die Verwaltung hat aber festgestellt, dass sich in Schröttinghausen mittlerweile der Bedarf an einer weiteren Kita ergibt. Die neue Kita soll auf dem Grundstück Horstkotter Heide 39 errichtet werden. Es werden vier bis fünf Gruppen geplant. In Abhängigkeit davon wie sich der Kita-Bedarf in Schröttinghausen weiterentwickelt, kann es dann gegebenenfalls sein, dass die Kita in der Schule etwas (z.B. um eine Gruppe) verkleinert werden kann. Die Verwaltung wird die Bezirksvertretung informieren, sobald die Planungen weiter fortgeschritten sind, und zu gegebener Zeit auch eine Standortbeschlussvorlage für das Grundstück Horstkotter Heide 39 einbringen.“

Herr Graeser bringt seinen Ärger über die Antwort der Verwaltung zum Ausdruck. Er fragt, wie die Verwaltung arbeite und woher die planerische Grundlage stamme. Er bittet den Bezirksbürgermeister darum, die Verwaltung zu eine der nächsten Sitzungen einzuladen, damit die Bezirksvertretung die Gelegenheit erhalte, vor Ort Fragen zu stellen und auch Antworten zu erhalten.

Herr John wird eine abgestimmte Meinung der Verwaltung erfragen und bittet die Schriftführung, die entsprechenden Personen einzuladen. Des Weiteren habe ihm Herr Tosberg von der Kirchengemeinde Räumlichkeiten im Gemeindehaus Schröttinghausen angeboten, die möglicherweise für eine kurzfristige Erweiterung am Schul- bzw. KiTa-Standort Schröttinghausen genutzt werden könnten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge**Zu Punkt 5.1 Verkehrssicherungspflicht Dürerstraße zwischen Schlosshofstraße und Wittebreite (Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2023)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5860/2020-2025

Herr Graeser begründet seinen Antrag mit dem desolaten Zustand der Straße. Die Verwaltung habe hier im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zu handeln, dazu komme die Herstellung einer sicheren Verkehrsführung für sämtliche Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, nicht nur für Kraftfahrzeuge.

Herr Gieselmann unterstützt den Antrag, da in dem genannten Bereich durch die entstehende Wohnbebauung das Verkehrsaufkommen zunehmen werde.

Herr Vollmer stimmt dem Antrag nicht zu, da dort demnächst die Bauarbeiten für die Verlängerung der Stadtbahn-Linie 4 beginnen würden und dadurch die Straße ohnehin überplant werde.

Herr Paus möchte trotzdem an dem Antrag festhalten, da sich die Verwaltung so möglicherweise im Rahmen einer Mitteilung zu dem Beschluss bzw. den anstehenden Bauarbeiten positionieren könne. Es könnten möglicherweise bis zu den beginnenden Bauarbeiten grobe Schäden an der Straße behoben werden.

Herr John fasst die Meinung der Bezirksvertretung zusammen und schlägt einen ergänzenden Beschluss vor. Daraufhin entscheidet die Bezirksvertretung wie folgt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Dürerstraße zwischen Schlosshofstraße und Wittebreite den Kriterien der Verkehrssicherungspflicht entspricht.

Zusatzbeschluss:

Die Verwaltung wird gebeten mitzuteilen, wann in dem genannten Bereich der Baubeginn zur Verlängerung der Stadtbahn erfolgt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2 Ausbau der Schloßhofstraße zwischen Holbein- und Dürerstraße (Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5862/2020-2025

Herr Graeser verweist auf die unter Punkt 5.1 geführte Diskussion, da es sich dem Grunde nach um dieselbe Angelegenheit handle.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung schließen sich seiner Sichtweise an.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig die Planungen für den Ausbau der Schoßhofstraße zwischen der Holbein- und der Dürerstraße vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.3 Satzungsbeschluss für das Baugebiet Hasbachtal nur mit Kindertageseinrichtung (Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5863/2020-2025

Herr Graeser begründet den Antrag dahingehend, dass weiterhin auf den Satzungsbeschluss gewartet werde, damit mit dem Bau der Kindertagesstätte begonnen und dem hohen Wohnraumbedarf der Einwohnerinnen und Einwohner nachgekommen werden könne. Es sei zu befürchten, dass die Verwaltung einen Satzungsbeschluss auch ohne möglichen KiTa-Bau auf den Weg bringen könnte. Dies müsse verhindert werden.

Aus Sicht von Herrn Vollmer könne hier auch eine vertragliche Regelung zwischen der Verwaltung und dem Investor zielführend sein. Dennoch unterstütze er den Antrag.

Herr John stellt zusammenfassend fest, dass die Bezirksvertretung insgesamt den Antrag unterstütze.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, einen Satzungsbeschluss für das Baugebiet Hasbachtal/Hollensiek nur unter der Voraussetzung vorzulegen, dass die geplante Tageseinrichtung für Kinder Bestandteil der Planung ist und vom Investor dies vertraglich zugesichert wird.

- einstimmig beschlossen -

-.-

Zu Punkt 6 **10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5584/2020-2025

Herr Kokemor erläutert, dass er den vorliegenden Vorschlag mit der Verwaltung abgestimmt habe und der Standort für das Anwachsen des Baumes am geeignetsten erscheine.

Frau Zier gibt zu bedenken, dass der Baum nicht zu nah an den Bänken stehen dürfe, da dieser zur Blüte und später bei den Früchten für eine Verschmutzung der Bänke beitragen könne.

Herr John sichert zu, dass ihre Anmerkung der Verwaltung übermittelt werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt, die Umsetzung des Projektes „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ entsprechend der folgenden Ausgestaltung zu beschließen: Der Baum soll die Sitzbänke im Bereich zwischen der Bushaltestelle „Bürgerzentrum“ an der Wertherstraße und der Rückseite der Stadtteilbibliothek entsprechend der „Ausbaustufe A“ ergänzen (siehe Anlage).

- einstimmig beschlossen -

-.-

Zu Punkt 7 **Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Dornberg - Studienjahr 2023/2024**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5874/2020-2025

Herr John begrüßt die Berichterstatte(r)innen und gratuliert Frau Dr. Gille-Linne zu ihrer neuen Aufgabe.

Frau Dr. Gille-Linne stellt sich vor und erläutert ihre neuen Aufgaben, anschließend übergibt sie das Wort an Frau Daniel, die das aktuelle Programm der Volkshochschule (VHS) für den Stadtbezirk Dornberg.

Frau Daniel beschreibt die zurückliegenden Jahre, in denen es pandemiebedingt eher schwierig gewesen sei ein Programm aufzustellen und durchzuführen. Daher sei es der Volkshochschule nach Wegfall der Einschränkungen umso wichtiger, jetzt wieder durchzustarten.

Die VHS möchte ihre Bewegungsangebote im Bürgerzentrum ausweiten und darüber hinaus auch weitere Sprachkurse anbieten. In Abstimmung

mit dem Bezirksmanagement werden dazu weitere Zeiten in den vorhandenen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Sofern weitere Räume im Stadtbezirk Dornberg genutzt werden könnten, wäre die VHS für einen Hinweis sehr dankbar.

Auf Fragen von Frau Stelbrink und Herrn Gieselmann, führt Frau Dr. Gille-Linne aus, dass Mal- und Gestaltungskurse im Bürgerzentrum, von der Musik- und Kunstschule abgedeckt würden. Sie sei dazu mit Herrn Beigeordneten Dr. Witthaus im Gespräch und würde diesen Bereich auch gerne für die VHS wieder aufgreifen.

Attraktive Angebote seien auch von der Verfügbarkeit entsprechender Dozentinnen und Dozenten abhängig

Herr John bedankt sich für die Berichte und die Unterstützung für mögliche Gestaltungskurse in Dornberg.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt das VHS-Programm 2023/2024 für den Stadtbezirk Dornberg.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Umsetzung der Baulandmobilisierungsverordnung NRW durch das Bauamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5763/2020-2025

Herr Paus befürchtet, dass manche Bauvorhaben eher gefördert werden könnten und er möchte dafür sensibilisieren, dass alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin gleichbehandelt würden.

Herr John erläutert, dass Herrn Berenbrinker und ihm sämtliche Bauvorhaben in Dornberg vorgelegt und sie diese genauestens betrachten würden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Umsetzung Mobilitätsstrategie - hier: Machbarkeitsstudie einer Radverbindung zwischen Innenstadt und Universität bzw. Fachhochschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5894/2020-2025

Herr John berichtet von einer ausgiebigen Diskussion in seiner Fraktion und bittet zu beachten, dass es sich hier um eine erste Vorlage handle.

Herr Gieselmann möchte wissen, an wen sich die mögliche Radroute richte und welche möglichen Nutzerinnen und Nutzer erreicht werden sollten.

Herr Paus und Herr John erläutern, dass es sich aus ihrer Sicht um eine Route handle, mit der Dornberg besser an die Innenstadt angebunden werden solle. Diese richte sich sowohl an den Verkehr aus Werther kommend (aller Gruppen), als auch an Studentinnen und Studenten die von der Innenstadt aus Richtung Universität fahren.

Herr Graeser führt aus, dass mindestens zwei Routen vorhanden seien, die für Radfahrerinnen und Radfahrer gefährlich werden könnten, da sie direkt entlang einer Hauptverkehrsstraße führten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10

Neubau Rettungswache Großdornberg **- Vorstellung der Planungen -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5903/2020-2025

Herr Vollmer gibt zu bedenken, dass es eine Beschlusslage der Bezirksvertretung Dornberg gebe, wonach auf alle öffentlichen Gebäude eine Photovoltaik-Anlage gebaut werden solle. Aus seiner Sicht sei diese Anlage auf dem Neubau nicht vorgesehen.

Aus Sicht von Herrn John sei diese in den Planungen berücksichtigt. Er bedankt sich für die Erinnerung und werde die Verwaltung bitten, im Zuge der Planungen für den Neubau auch eine Anlage für den Bestandsbau zu berücksichtigen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11

Bericht des Bezirksbürgermeisters

Herr John berichtet von weiteren zugewiesenen kulturellen Haushaltsmitteln in Höhe von 2.222,- EUR für den Stadtbezirk Dornberg. Es bestünden derzeit Überlegungen, die Verteilung auf neun Stadtbezirke für 2024 zu überdenken.

Herr Vollmer spricht sich für eine generelle Erhöhung der kulturellen Sondermittel aus. Der sogenannte „Sondertopf“ sei für andere Gruppen und Bezirke gedacht gewesen. Damit sollte sichergestellt werden, dass Personen Zugang zu Kultur erhalten sollten, die durch unterschiedliche Hürden meist keine Gelegenheit dazu haben. Daher sei in der politischen Diskussion auch angedacht gewesen, dass das Theater zu den Leuten in die Bezirke gehen solle.

Herr John regt an, einen Beschluss zu fassen, wonach zumindest die aktuelle Preissteigerung bei der Haushaltsplanung berücksichtigt würde. Über eine generelle Erhöhung der kulturellen Haushaltsmittel könne zum jetzigen Zeitpunkt erst für die Jahre ab 2025 gesprochen werden. Dies sei bereits in der gestrigen Sitzung der AG Kultur erläutert worden und könne im Verlauf der Sitzung noch genauer besprochen werden.

Zu Punkt 12 Berichte aus den Arbeitsgruppen

Zu Punkt 12.1 Sitzung der AG Kultur am 19.04.2023

Frau Stelbrink berichtet aus der gestrigen Arbeitsgruppen-Sitzung (AG-Sitzung) und verweist auf das bereits vorliegende Protokoll der AG-Sitzung. Das diesjährige Programm bestehe im Wesentlichen aus dem Spätsommerfest, das durch das erhöhte Budget mit mehr Künstlerinnen und Künstlern ausgestattet werden könne. Das Planungsteam werde sich nach der nächsten Sitzung erneut zusammensetzen und die weiteren Details ausarbeiten.

Frau Zier bittet die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg um Unterstützung und um Ideen für die weiteren Veranstaltungen.

Unter Bezugnahme auf die bereits unter Punkt 11 geführte Diskussion, fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die kulturellen Haushaltsmittel für den Stadtbezirk Dornberg für das Haushaltsjahr 2024 bei den anstehenden Haushaltsplanungen angemessen, mindestens um einen Inflationsausgleich (derzeit 9 Prozentpunkte), zu erhöhen.

Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Herr John stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.